

JOHN LÜTTEN/JANA WERNER

# SOLIDARISCH MIT DEN STREIKENDEN

**UNTERSTÜTZUNG KANN BELEGSCHAFTEN STÄRKEN  
UND SOZIALE KÄMPFE MITEINANDER VERBINDEN**

Im Jahr 2013 sind in mehreren Städten Streikende durch Kampagnen unterstützt worden, die zum Teil unter Beteiligung, zum Teil aber auch maßgeblich von Studierenden und linken AktivistInnen getragen wurden. Zwar mag die Unterstützungsarbeit das gewerkschaftliche Kerngeschäft nur bedingt beeinflusst haben – die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gegen prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen bleibt aber unvermindert relevant. Die Unterstützung von Streiks und Arbeitskämpfen, die politische Kontextualisierung von Streiks und die gezielte Verbindung von Arbeits- mit anderen sozialen Kämpfen sind Möglichkeiten, um streikende Belegschaften zu stärken und den Kampf um Arbeitsverhältnisse wieder zum Schauplatz linker Politik zu machen. Wie kann diese Arbeit möglichst fruchtbar organisiert werden?<sup>1</sup>

## DREI STÄDTE, DREI BEISPIELE

Anlässlich der bundesweiten Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel im Jahr 2013 entstanden in Berlin und Erfurt Unterstützerguppen, die in Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Unterstützungsaktionen und Öffentlichkeitsarbeit organisierten. In Berlin wurde die Studentische Aktion Berliner Arbeitskämpfe, kurz SABA, in Erfurt eine «Einzelhandel Supporter Crew» ins Leben gerufen. In Leipzig gründete sich im Juni 2013 ein Streik-Solibündnis, das noch immer aktiv ist und den Streik beim Internet-Versandhändler Amazon unterstützt. Drei Städte, drei Unterstützerguppen – wie haben sie gearbeitet?

Alle drei Initiativen zielten darauf, die laufenden Streiks und Aktionen aktiv zu unterstützen. In Leipzig wird dies darüber hinaus mit der Absicht getan, prekäre Beschäftigung auch unter Studierenden zu thematisieren. In Erfurt und Berlin wurde keine eigenständige politische Agenda verfolgt, teilweise aber die Rolle der außerhalb des Unternehmens agierenden, «solidarischen Kundschaft» eingenommen. Die Erfurter Supporter Crew bestand vorrangig aus ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern, die Berliner SABA aus Mitgliedern des Hochschulverbands DieLinke.SDS, das Streik-Solibündnis in Leipzig besteht aus verschiedenen außerparlamentarischen Gruppen.

Die Aktiven in Erfurt und Berlin standen bereits zu Beginn der Unterstützungskampagnen in Kontakt mit Betriebsräten und Hauptamtlichen der DGB-Gewerkschaften. Durch persönlichen Kontakt zu einem aktiven Betriebsrat wurde zum Beispiel eine H&M-Filiale Schwerpunkt der Berliner Einzel-

handels-Kampagne. In Erfurt bestand Kontakt zu hauptamtlichen ver.di-Sekretären, die mit der Tarifauseinandersetzung im Einzelhandel befasst waren, sodass hier Aktionen in mehreren Betrieben durchgeführt werden konnten. In Leipzig kam der Kontakt zu Hauptamtlichen und der sehr intensive Austausch mit ver.di-Vertrauensleuten durch eine ver.di-Praktikantin zustande, die sich dem Streik-Solibündnis anschloss.

Für alle drei Initiativen war die Beteiligung an Streiktagen von besonderer Bedeutung: In Erfurt wurde kurzfristig für die reine physische Präsenz mobilisiert, sodass die «Supporter» die Streikenden vor Ort moralisch, personell und durch das Verteilen von Streikmaterial unterstützen konnten. Darüber hinaus wurde aber auch eigenes Material produziert, zum Beispiel bedruckte Einhänger («Kundinnen und Kunden unterstützen den Tarifkampf im Einzelhandel»), die an Regale verschiedener Supermärkte und Kaufhäuser angebracht wurden.

Die SABA beteiligte sich ebenfalls an den Streiktagen «ihrer» H&M-Filiale, ging im Verlauf der Arbeit jedoch noch stärker über die reine Präsenz hinaus. So wurde gemeinsam mit anderen UnterstützerInnen und ver.di-Hauptamtlichen zum Beispiel eine Blitzaktion durchgeführt, in der H&M-Beschäftigte zur Auseinandersetzung mit ihren Arbeitsbedingungen und zur Beteiligung am Streik motiviert wurden. Auch kreative Aktionsformen wie Straßentheater oder Straßenkreideaktionen wurden eingesetzt, um die politische Dimension des Tarifkampfes deutlich zu machen. Das Leipziger Streik-Solibündnis zeigte nicht nur Präsenz an den Streiktagen, son-

dem organisierte vorwiegend auch eigene Aktionen. Unabhängig von Streiktagen sind direkte Aktionen vor Ort nur schwer möglich, weil der Amazon-Betrieb am Stadtrand liegt und – anders als Einzelhandelsfilialen – für Betriebsfremde verschlossen ist. Deshalb ist hier die Öffentlichkeitsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure besonders wichtig. So wurden vom Bündnis zum Beispiel Solidaritätsunterschriften an der Leipziger Universität gesammelt und den Amazon-Vertrauensleuten während einer gemeinsamen Kundgebung in Leipzig, an der auch KollegInnen aus Bad Hersfeld teilnahmen, übergeben. Hervorzuheben ist eine Solidaritätskundgebung, die gemeinsam mit Amazon-Beschäftigten auf dem Leipziger Uni-Campus abgehalten wurde, sowie die anschließende Informationsveranstaltung, auf der die KollegInnen interessierten Studierenden von ihren Arbeitsbedingungen berichteten.

Der regelmäßige Austausch mit Hauptamtlichen, Betriebsräten oder Vertrauensleuten ist zentral für die Arbeit von Unterstützergruppen. Über die Kommunikation im Zusammenhang mit den Streiktagen hinaus sind auch der Austausch über das weitere Vorgehen der Hauptamtlichen, Einschätzungen der Lage und Ergebnisse von Verhandlungen wichtig. Jenseits der Aktionen haben sich alle Unterstützergruppen um eine eigene Öffentlichkeitsarbeit für die laufenden Streiks bemüht. Alle drei Gruppen haben dafür eigene Facebook-Seiten eingerichtet, auf denen Bilder und Artikel verbreitet und kommentiert wurden, für Aktionen mobilisiert oder zu Veranstaltungen eingeladen wurde. Die Leipziger Aktiven betreiben darüber hinaus einen Blog, der über laufende Aktionen informiert ([streiksoli.blogspot.de](http://streiksoli.blogspot.de)). Die UnterstützerInnen aus Leipzig und Berlin haben zudem versucht, mit öffentlichen Veranstaltungen an Universitäten für die Unterstützung von Arbeitskämpfen zu werben und zu mobilisieren. Das Leipziger Bündnis publiziert zudem auch Berichte über die eigene Arbeit in linken Zeitschriften. Die interne Kommunikation und die Planung von Aktionen fanden bei allen Unterstützergruppen über E-Mail-Verteiler sowie vor allem auf regelmäßigen Treffen statt. In Leipzig nahmen Amazon-Vertrauensleute teilweise an den Bündnistreffen teil, was die Planung und Kommunikation erleichterte.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten ist es allen drei Unterstützergruppen gelungen, konkrete Streiktage moralisch, personell und durch Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Aktionen waren dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten durchgeführt wurden und diese in ihrem Handeln bestärkt haben. Durch das Verteilen von Streikmaterial an die Beschäftigten an einem Streiktag in Berlin konnten die SABA-Aktiven den Beschäftigten «den Rücken stärken», Hemmungen abbauen helfen und einen ersten kollegialen Austausch anregen. Teilweise konnte dabei auch unter den zuständigen Gewerkschaftssekretären eine Öffnung für unkonventionellere Aktionsformen angestoßen werden. Darüber hinaus ist es allen drei Gruppen und Bündnissen gelungen, die ehrenamtliche Unterstützung öffentlich zu machen. Der Fall Amazon zeigt, dass dies gerade in Zeiten medialer Auseinandersetzungen um die Legitimität von Arbeitskämpfen eine wichtige Form der Unterstützung ist. Nicht zuletzt aufgrund der Leipziger Unterstützungsarbeit wurde jüngst auch ein Solidaritätskomitee in Kassel gegründet, das die Streiks im Amazon-Werk in Bad Hersfeld unterstützt. Während die Auseinandersetzung mit dem Versandhändler Amazon derzeit noch läuft, ist es den Gruppen in Erfurt und Berlin im Laufe des Arbeitskampfes gelungen, Kontakte zu Hauptamtlichen aufzubauen und Erfahrungen zu sammeln, auf die

in zukünftigen Arbeitskämpfen und Auseinandersetzungen zurückgegriffen werden kann. Die SABA konnte während des Streiks einen regelmäßigen Austausch mit dem H&M-Betriebsratsvorsitzenden etablieren und hat nach dem Streik ein gemeinsames Auswertungstreffen organisiert.

Dreh- und Angelpunkt der Unterstützungsarbeit ist der Informationsaustausch mit den Hauptamtlichen. Wenn anstehende Streiktage zu kurzfristig bekannt gegeben werden, erschwert dies die Aktionen der Ehrenamtlichen. Grund für den Mangel an Austausch und Abstimmung kann die Belastung der gewerkschaftlichen Hauptamtlichen sein. Teilweise bestehen aber auch handfeste Vorbehalte politischer Natur, die in sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen mancher Sekretäre wurzeln und eine Arbeit mit linken, außerparlamentarisch agierenden Gruppen erschweren können. Die Rolle externer UnterstützerInnen kann auch problematisch werden: Die Erfurter Supporter Crew fühlte sich zum Beispiel von der Gewerkschaft zu sehr als ehrenamtliche «Manövrier-masse» ohne eigenständige politische Stimme wahrgenommen. Die Abhängigkeit von Hauptamtlichen kann auch über den Arbeitskampf hinaus bestehen: Die Erfurter hätten sich beispielsweise eine kollektive Auswertung der Tarifauseinandersetzungen unter Einbeziehung der Beschäftigten gewünscht. Diese kam zum einen wegen terminlicher Überlastung der zuständigen Hauptamtlichen nicht zustande, zum anderen weil die gewerkschaftliche Strategie eine Einbeziehung von linken, gewerkschaftsexternen Unterstützergruppen nicht vorsah. Das Leipziger Streik-Solibündnis beklagt, dass ver.di sich – trotz punktuell gelungener Zusammenarbeit – mitunter zu stark abgrenzt. Die Berliner SABA hätte sich von ver.di gewünscht, die laufenden Auseinandersetzungen stärker zu skandalisieren – auch um mehr Rückenwind für die eigene Mobilisierung zu haben.

Obwohl die Beschäftigten die eigentlichen Akteure im Arbeitskampf sind, ist es nur dem Leipziger Bündnis gelungen, über eine punktuelle Kommunikation hinaus mit einzelnen Beschäftigten in einen dauerhaften Dialog zu treten. Alle drei Gruppen schildern ferner das Problem, dass ein Großteil der Organisations- und Koordinationsarbeit an wenigen Personen hing: Sowohl der Austausch mit den gewerkschaftlichen Hauptamtlichen, Betriebsräten oder Vertrauensleuten als auch die interne Organisation und Planung von Aktionen und weiterem Vorgehen wurde von nur wenigen Einzelpersonen übernommen, um die herum sich ein größerer Kreis von Aktiven sammelte. Dies mag der Vertrauensbildung zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Ehrenamtlichen dienlich sein, bringt aber Probleme für die interne Arbeit der Unterstützergruppen mit sich. Das hat zum Beispiel deutliche Auswirkungen auf die Mobilisierungsfähigkeit der Initiativen: Weder der Erfurter Supporter Crew noch dem Berliner SABA ist es gelungen, über das eigene Klientel hinaus UnterstützerInnen für den laufenden Arbeitskampf zu mobilisieren oder andere Interessierte anzusprechen als die unmittelbar Betroffenen.

## **DAS «KERNGESCHÄFT» DER UNTERSTÜTZUNGSARBEIT**

Allen Unterschieden zum Trotz lassen sich an den drei Beispielen zentrale Punkte der Organisation von Unterstützungsarbeit ausmachen: Sie betreffen das politische *Selbstverständnis*, die *Informationspolitik* unter den Beteiligten, die *Koordination* und *Organisation* der internen Arbeit und der Aktionen sowie die *Mobilisierung* und die *Öffentlichkeitsarbeit*. Vieles davon gehört zur klassischen Kampagnenarbeit,

dennoch ist die politische Konstellation in der Unterstützung von Arbeitskämpfen eine besondere: *Erstens* beschränkt sich die Arbeit nicht darauf, ein Unternehmen in der medialen und außermedialen Öffentlichkeit unter Druck zu setzen, vielmehr soll vorrangig eine Personengruppe unterstützt werden, die sich tagtäglich innerhalb dieses Unternehmens bewegt – die Beschäftigten. Darauf muss die Unterstützungsarbeit Rücksicht nehmen, denn von der Legitimität des Arbeitskampfes und vom Rückhalt unter den Beschäftigten hängt alles Weitere ab. Das bedeutet *zweitens*, dass die Unterstützungskampagne nicht nur nicht der einzige Akteur ist, sondern – etwa in Bezug auf die Verhandlungen – auch nicht der wichtigste: Zentrale Akteure sind die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung, das heißt Betriebsräte und Gewerkschaften. Daraus folgt *drittens*, dass ehrenamtliche Unterstützerguppen – ob sie wollen oder nicht – zu den anderen Beteiligten in einem politischen und strategischen Verhältnis stehen. Deshalb sollten sie ihr politisches und strategisches Selbstverständnis formulieren und entscheiden, ob sie als eigenständiger Akteur mit einer eigenen Zielsetzung, etwa der Formulierung gemeinsamer Interessen, antreten oder sich allein auf die Unterstützung der Streikenden fokussieren wollen.

### WAS TUN? – EINE KURZANLEITUNG

Wie also beginnen, wenn ein Arbeitskampf ansteht, für den ehrenamtliche Unterstützung organisiert werden soll? Auf der Grundlage der geschilderten Erfahrungen können folgende Hinweise helfen, wirkungsvolle Unterstützung auf die Beine zu stellen.

**Das Selbstverständnis und die eigene Rolle definieren.** Warum und mit welchem Ziel organisiert man Unterstützung für den Arbeitskampf? Wen konkret will man unterstützen? Das ist eine politische Entscheidung, die aber auch von vorhandenen Ressourcen und Kontakten abhängig ist.

**Kontakt herstellen, in Austausch treten.** Zu Beginn sollte Kontakt zu den zuständigen Gewerkschaftssekretären, dem Betriebs- oder Personalrat und – falls möglich – zu den Beschäftigten aufgenommen werden. Bis die nötige Vertrauensbasis geschaffen ist, sind meist mehrere Treffen und Gespräche notwendig – die Beteiligten wollen schließlich wissen, mit wem sie es zu tun haben. Man muss sich auf die anderen einlassen und Ideen einbringen, kontinuierlich und zuverlässig arbeiten sowie signalisieren, dass man zur betrieblichen Auseinandersetzung kein instrumentelles Verhältnis hat.

**Vom konkreten Konflikt ausgehen.** Es gibt keine Unterstützungsarbeit für einen Arbeitskampf, wenn man den konkreten Arbeitskampf nicht unterstützt. Im Zentrum müssen deshalb die betriebliche Auseinandersetzung und die personelle und ideelle Unterstützung der Beteiligten stehen. Erst auf dieser Grundlage sind eine politische Debatte und wirksame öffentliche Kommunikation möglich. Öffentlichkeitsarbeit, etwa über soziale Netzwerke, ist wichtig – konkret vor Ort zu sein, Präsenz zu zeigen und mit den Beteiligten in Austausch zu treten ist aber unerlässlich.

**Mobilisieren!** Auf der Grundlage des eigenen Selbstverständnisses muss überlegt werden, wen man mit welcher Begründung für die Unterstützungsarbeit oder Aktionen ge-

winnen will. Damit verbunden ist die Frage, wie weit und in welchem Kontext man die Auseinandersetzung politisieren will, um weitere potenziell Betroffene anzusprechen. Eines ist jedenfalls sicher: Soll der Arbeitskampf ausgebaut und politisch diskutiert werden, ist Mobilisierung notwendig!

**Ohne die Beschäftigten läuft gar nichts.** Selbstverständlich können und sollen Solidaritätskampagnen eigenständig auftreten und Arbeitskämpfe über das «Kerngeschäft» hinaus politisieren. Wer aber an den Interessen der Beschäftigten vorbei arbeitet, belehrend oder pädagogisch auftritt, wird wenig erreichen. Letztlich führen die Beschäftigten den Arbeitskampf, und sie wissen auch am besten, warum und wozu. Arbeitskämpfe sind darauf angewiesen, dass die Beschäftigten Selbstbewusstsein und ein wehrhaftes Kollektivbewusstsein entwickeln. Wer dazu nur ein instrumentelles Verhältnis hat, verliert das Vertrauen und den Rückhalt der Beteiligten – das gilt für Haupt- und Ehrenamtliche gleichermaßen. Die Streikenden schließen sich ja deshalb zusammen, weil sie ihre konkrete Situation verbessern, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb erkämpfen wollen, während die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit für Streiks zumeist aus einer privilegierten Situation heraus erfolgt – man ist selbst nicht unmittelbar betroffen. Auch darum sind herablassende oder intellektualistische Gesten, wie zum Beispiel gut gemeinte, aber letztlich schematisierte Hau-ruck-Politiken oder überzogene Ansprüche an die Beschäftigten, fehl am Platz.

**Gemeinsame Aktionen organisieren.** Flyer schreiben, Transparente malen, Fahnen schwingen, Reden halten – alles gut und richtig, aber es geht auch kreativer. Ideal sind Aktionsformen, die öffentlichkeitswirksam sind und starke Bilder produzieren, bei denen Ehrenamtliche und Beschäftigte zusammenwachsen und bestärkende Erfahrungen machen können und die – klingt banal, ist es aber nicht – auch einfach gute Laune machen. Welche Aktionsformen das sind, muss je nach Situation entschieden werden, und manchmal müssen zuständige Betriebsräte oder Hauptamtliche von einer Idee noch überzeugt werden. Unter bestimmten Umständen *können* ehrenamtliche UnterstützerInnen auch Aktionen durchführen, mit denen Beschäftigte sich Probleme einhandeln könnten. Das reicht vom Agitieren im Betrieb und Verteilen von Flyern über Flashmobs bis hin zu Blockadeaktionen. Hier können Externe wichtige Arbeit leisten, weil ihnen arbeitsrechtlich keine Konsequenzen drohen. Im Idealfall sollten Aktionsformen aber so gestaltet sein, dass sich möglichst viele Menschen – vor allem die Streikenden – daran beteiligen können. Das ist unter bestimmten Umständen selbst bei Blockaden möglich und vermindert auch die Gefahr, im Nachhinein durch den Druck der Geschäftsleitung – trotz Vorabgesprächen – gespalten zu werden.

**Die Arbeit koordinieren.** Erfahrungsgemäß sind es immer wenige Personen, die in einem regelmäßigen Austausch mit den Hauptamtlichen, dem Betriebsrat und den Beschäftigten stehen. Das hat Vorteile, birgt jedoch auch Risiken: Wenn die dafür Zuständigen ausfallen, reißt der Informationsfluss ab, die Planung von Aktionen fällt schwer und die Öffentlichkeitsarbeit kommt zum Erliegen. Das muss den ehrenamtlichen UnterstützerInnen klar sein, und es müssen rechtzeitig Mittel und Wege gefunden werden, die Arbeit zu delegieren und entsprechend zu organisieren. Eine Möglichkeit, für ei-

nen zuverlässigen Informationsaustausch zu sorgen, besteht darin, sich den gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertrauenspersonen als Unterstützerteam zu präsentieren und die Probleme, die die Informationsweitergabe an nur eine Person im Unterstützerteam mit sich bringt, offen anzusprechen.

**Öffentlichkeitsarbeit organisieren.** Die mediale Auseinandersetzung um betriebliche Zustände und Konflikte ist kein Nebenschauplatz – vor allem nicht während eines laufenden Streiks. Über soziale Netzwerke oder Kampagnenblogs können externe UnterstützerInnen Bilder und Berichte verbreiten, Presseartikel kommentieren, Stellungnahmen abgeben oder zu Aktionen und Veranstaltungen einladen. Dafür ist ein etablierter Austausch von Informationen unter allen Beteiligten wichtig. Andererseits können Unterstützer die betriebliche Situation auch verallgemeinern und in ihren Stellungnahmen und Kommentaren politisch diskutieren. Die Stärke von Unterstützerteams ist, dass sie ihre Arbeit nicht auf die rein betrieblichen Ebenen beschränken müssen, sondern den Blick anderer gesellschaftlicher Gruppen einbringen können – diese Stärke sollten sie nutzen.

**Farbe bekennen!** Der Wille zur Unterstützung der Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft muss ernst gemeint sein, im Zentrum steht die Arbeit im Konflikt vor Ort. Das heißt aber nicht, dass man sich zur «Manövriermasse» degradieren lassen muss. Ehrenamtliche können das hauptamtliche Kerngeschäft zwar nur ergänzen, denn sie führen keine Verhandlungen und rufen nicht zu Streiks auf. Aber es ist ihr gutes Recht, eine politische Diskussion über Strategien und Ergebnisse von Verhandlungen und gewerkschaftlichem Vorgehen einzufordern, Kritik zu üben und eigene Einschätzungen einzubringen. Was passiert zum Beispiel, wenn die zuständige Gewerkschaft ein Verhandlungsergebnis erzielt, mit dem die Beschäftigten nicht einverstanden sind? Auch über diesen Fall und seine Konsequenzen sollten ehrenamtliche UnterstützerInnen frühzeitig diskutiert haben.

**Und danach?** Ebenso wichtig wie die Verständigung über Ziele und Grenzen der Unterstützungsarbeit ist die frühzeitige – organisatorische und politische – Diskussion darüber, wie mit den Szenarien, die sich nach dem Streik oder sogar dessen Scheitern ergeben können, umgegangen werden soll. Wie sollen und können Kontakte zu Beschäftigten und InteressenvertreterInnen fortgeführt werden? Kann und soll weitere Betriebsarbeit geleistet werden? Wie soll mit Konflikten zwischen Interessenvertretung und Belegschaft umgegangen werden?

## **LINKE, STUDIERENDE UND STREIKS**

Unter jungen Linken und studentischen AktivistInnen spielen die Solidaritätsarbeit für Arbeitskämpfe und Streiks beziehungsweise die Auseinandersetzung mit Arbeitsverhältnissen – auch den eigenen – derzeit keine große Rolle. Andere Entwicklungen – Gentrifizierung, Einsparungen an Hochschulen oder der fortschreitende Bologna-Reformprozess – betreffen die konkrete Lebensrealität junger Menschen scheinbar direkter.

Doch der neoliberale Umbau von Städten und Hochschulen sowie die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen haben dieselbe Ursache: die Aufkündigung bisheriger Klassenkompromisse, die sich in einem rasanten Abbau sozialer

Sicherung zeigt. Durch den wirtschaftsliberalen Umbau der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten sind auch staatliche Macht- und Einflussmöglichkeiten zunehmend beschränkt worden oder wurden von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene verlagert. Das zeigt sich an den Hochschulen, aber auch im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und andernorts in Form von Privatisierungen, auf dem Arbeitsmarkt durch Deregulierung sowie dem fortschreitenden Abbau tariflich abgesicherter Standards. Die Folge ist eine breite gesellschaftliche Verunsicherung, die sich nicht zuletzt in massiven Entsolidarisierungstendenzen Bahn bricht. Sich mit Menschen zu solidarisieren, die im Hier und Jetzt dafür kämpfen, dass sich die Bedingungen ihrer Lebens- und Arbeitswelt verbessern, ist daher ein Schritt in die richtige Richtung.

Linke AktivistInnen und Studierende sollten sich deshalb keinesfalls mit paternalistischen Gesten zum «Bündnis mit der Arbeiterklasse» herablassen. Im Gegenteil: Es sind die derzeit stattfindenden Arbeitskämpfe, in denen jene Arbeitsverhältnisse ausgehandelt werden, in denen viele der heute Studierenden spätestens nach Studienende einmal dauerhaft arbeiten werden. So gesehen kämpfen die Beschäftigten, die sich für Tarifverträge, den Erhalt tariflicher Sicherungen oder Formen betrieblicher Mitbestimmung einsetzen, nicht nur für sich selbst, sondern ebenso für die kommenden ArbeitnehmerInnen und den zukünftigen Erhalt gegenwärtiger Standards.

(Linke) Studierende müssen die laufenden Auseinandersetzungen um Arbeitsverhältnisse auch im eigenen Interesse als relevante politische Auseinandersetzung begreifen und entsprechende Konsequenzen ziehen: Gewerkschaften beitreten, sich über ihre Rechte im Praktikum und im Nebenjob informieren und entsprechend handeln sowie vor allem Lohnarbeit wieder als ein Feld des politischen Kampfes begreifen. Sie sollten sich selbst entsprechend wappnen sowie jene unterstützen, die in heutigen Auseinandersetzungen bereits versuchen, der – letztlich uns alle betreffenden – Neoliberalisierung der Gesellschaft sowie der Erosion sozialer Sicherungssysteme effektive, solidarische Gegenwehr entgegenzusetzen.

John Lütten studiert Soziologie in Jena und ist ehrenamtlich bei ver.di aktiv.

Jana Werner promoviert an der Universität Freiburg/Br. über den Wandel des Menschenbildes in Recht und öffentlichen Diskussionen seit der Agenda 2010. Sie lebt in Leipzig und ist aktiv im Streik-Solibündnis.

<sup>1</sup> Für Hinweise und kritische Anmerkungen bedanken wir uns bei Mia Adrian (Leipzig), Win Windisch (Berlin) und Volker Hinck (Erfurt).

---

## **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Juli 2014  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling